

Was kostet der Klimawandel?

Vortrag am 15. 01. 2020 von **Mag^a. Marlies Stubits-Weidinger, MBA MSc**: Juristin, war u.a. tätig im Bundeskanzleramt, Sozialministerium und Frauenministerium, für die Burgenländische Landesregierung, von 2013-2018 OECD-Botschafterin und derzeit Sonderbeauftragte der Öst. Nationalbank für Internat. Finanzinstitutionen und Sustainable Finance

Zusammenfassung:

Das Thema Klimawandel ist endlich auch in der Finanzwelt angekommen. Mit den Folgen der Klimakrise sind auch hohe finanzielle Kosten und Auswirkungen auf die Finanzmarktstabilität verbunden. Dementsprechend räumen sowohl die neue EU-Kommission als auch die neue öst. Bundesregierung dem Thema Klimawandel eine hohe Priorität ein.

Mehr zum Thema:

Das Zwischenstaatliche Gremium für Klimawandel (IPCC) erklärte im Oktober 2018, dass wir höchstens 12 Jahre Zeit haben, um zu verhindern, dass die globalen Durchschnittstemperaturen über das 1,5°C-Ziel des Pariser Klimaabkommens hinausgehen. Um dies zu verhindern, sind beispiellose Maßnahmen erforderlich, um die Dekarbonisierung von Landwirtschaft, Energie, Industrie und Verkehr voranzutreiben.

Es erscheint **zunehmend unwahrscheinlich**, dass die Welt sogar die im Pariser Klimaabkommen festgelegte **Obergrenze von 2°C** einhält. Die derzeitige Entwicklung geht in Richtung eines Anstiegs um 3,2°C. Der US National Climate Assessment geht davon aus, dass die globalen Durchschnittstemperaturen ohne signifikante Emissionsreduzierung bis zum Ende des Jahrhunderts um 5°C steigen könnten.

Die **Auswirkungen** werden dramatisch sein: Schnell wachsende Städte in Küstenregionen sind vom ansteigenden Meeresspiegel bedroht. Der Verlust von Lebensraum und landwirtschaftlichen Nutzflächen lässt enorme Migrationsströme erwarten, Prognosen sprechen bei einem Temperaturanstieg von 2°C von bis zu 1 Milliarde Menschen.

Damit sind natürlich auch **hohe finanzielle Kosten und Auswirkungen auf die Finanzmarktstabilität** verbunden. Eine Studie des National Oceanographic Centre des Vereinigten Königreichs prognostiziert die globalen Kosten eines Anstiegs des Meeresspiegels im Jahr 2100 auf 14 Billionen US\$ pro Jahr.

Der Klimawandel hat also auch großen Einfluss auf Banken und Versicherungen. Ein Beispiel: Bereits derzeit bekommen Eigentümer mancher Immobilien in Küstenregionen von Florida und Kalifornien keine Versicherung für ihre Häuser mehr.

Leidet die Stabilität der Finanzmärkte, so ist auch die **wirtschaftliche und politische Stabilität von Staaten gefährdet**, politische Krisen sind zu befürchten.

Seit 2012 sind bereits Störungen aufgrund von Umweltkatastrophen bei der Produktion und Lieferung von Waren und Dienstleistungen um 29% angestiegen. Die Artenvielfalt ist seit 1970 um 60% zurückgegangen, Ökosysteme sind dadurch anfälliger geworden. Der erhöhte Kohlendioxidgehalt in der Atmosphäre wirkt sich dramatisch auf die Nährstoffzusammensetzung von Reis und Weizen aus.

Vorläufige Schätzungen der **Kosten von Untätigkeit** – durch Wertminderungen und für Anpassungsmaßnahmen – gehen von **jährlich bis zu 800 Mrd. EUR** aus.

In **Österreich** ist die Temperatur seit 1880 bereits um ca. 2°C gestiegen und liegt damit deutlich über dem derzeitigen globalen Temperaturanstieg von 0,9°C (Quelle: IPCC 2014). Ein weiterer Anstieg von etwa 1,4°C wird bis 2050 erwartet. In den letzten 130 Jahren hat sich die jährliche Sonnenscheindauer an Bergstationen in den österreichischen Alpen um 20% erhöht. Im Wintertourismus wird mittelfristig ein jährlicher Nettonachfragerückgang von über 300 Mio. € erwartet. Bis zur Mitte des Jahrhunderts könnte der Gesamtschaden in Österreich zwischen 3,8 und 8,8 Mrd. Euro/Jahr liegen. Bei der Umsetzung der Pariser Klimaziele ist Österreich im EU-Vergleich weit abgeschlagen, die Emissionen an Treibhausgasen haben nicht nennenswert abgenommen, während viele Länder (z.B. Dänemark, Schweden) bereits deutliche Erfolge erzielt haben.

Der Klimawandel hat auch einen **Gender-Aspekt**: Frauen hinterlassen zwar einen wesentlich geringeren CO₂-Abdruck als Männer, sind aber stärker vom Klimawandel betroffen, weil sie oft ärmer sind, weniger Bildung erhalten und nicht an politischen Entscheidungen beteiligt sind. Der Klimawandel wirkt sich allein dreimal stärker auf die Gesundheit von Frauen aus. Frauen sind dazu mit geschlechtsspezifischen Hindernissen beim Zugang zu Land, Finanzdienstleistungen und Technologien konfrontiert, um wetterbedingte Verluste zu decken oder Anpassungen zu finanzieren.

Der **Global Climate Fund GCF** (der wichtigste internationale Klimafonds, 2010 im Rahmen des UNFCCC gegründet) hat eine Policy on Gender Equality beschlossen, die geschlechtsspezifische Finanzierung, gender-gerechte Rechenschaftspflicht und eine gerechte Verteilung der Ressourcen vorsieht. Der **österreichische Beitrag** zum GCF ist mit 30 Mio. EUR/Jahr beschämend gering (zum Vergleich: der pro-Kopf-Beitrag Deutschlands ist dreimal so hoch, der Schwedens zehnmal so hoch.) Insgesamt trägt Österreich nur ca. 180 Mio. EUR jährlich zur internationalen Klima-Finanzierung bei.

Für die **neue EU-Kommission** hat Klimawandel Top-Priorität. Derzeit wird intensiv ein nachhaltiges, inklusives Wachstumsmodell erarbeitet (*„sustainability mainstreaming“*). Das Europäische Klimagesetz wird den EU-Emissionshandels reformieren und soll bis 2050 für Klimaneutralität sorgen. Ein **Sustainable European Investment Plan** sieht 1.000 Mrd. EUR für die nächsten 10 Jahre in einem Just Transition Fund vor. 25% des EU-Budgets soll für *„climate mainstreaming“* eingesetzt werden, 30% des InvestEU-Fund für Klimamaßnahmen. Offen ist eine verbindliche Taxonomie zur Bewertung von Investitionen (Was ist *„grün“*?).

Auch das **Programm der neuen öst. Bundesregierung** gibt dem Klimawandel Priorität: Ziel N°2 „Die Bekämpfung des Klimawandels und die Einhaltung der Klimaziele von Paris“:

- Gesamte Bundesregierung übernimmt Verantwortung (Klimakabinet)
- Klimaneutralität in Österreich bis 2040
- Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Emissionsreduktionspfaden
- Verpflichtender Klimacheck für alle neuen und bestehenden Gesetze
- Phasing-out für fossile Energieträger ab 2020
- Aus für alle Öl- und Kohleheizungen ab 2035
- 1-Million-Dächer Photovoltaik-Programm
- CO₂-Zölle auf europäischer Ebene
- Klimaneutrale Verwaltung
- Ökosoziale Steuerreform: Flugticket-Abgabe, Ökologisierung der NoVA, der LKW-Maut und Pendlerpauschale; CO₂-Bepreisung ab 2022
- Grüne Kredite: Banken sollen für Kredite, die effektiv helfen, den Übergang zu einer nachhaltigen, CO₂-neutralen Wirtschaft zu beschleunigen, weniger Eigenkapital hinterlegen müssen (offen: verbindliche Taxonomie)

- Grüne Staatsanleihen: ÖVP und Grüne wollen zudem, dass in Österreich die Bundesfinanzierungsagentur sogenannte "Green Bonds" begibt
- Bürger-Stiftung Klimaschutz: Vergabe von Anleihen an Private

Aus der Diskussion:

Die Ankündigung der EU, im Lauf der kommenden 10 Jahre 1.000 Milliarden Euro in den Klimaschutz zu investieren, hat aufhorchen lassen. 7,5 Mrd. pro Jahr sollen aus dem EU-Budget kommen, der überwiegende Anteil aus Anleihen. Die EU-Investitionsbank war im Jahr 2007 weltweit die erste Bank, die grüne Anleihen aufgelegt hat. Derzeit ist die Nachfrage nach grünen Anlageprodukten sehr groß, vorhandene Fonds sind vier- bis fünffach überzeichnet, d.h. es gibt zu wenige konkrete Projekte für die vorhandene Anlagebereitschaft.

Die Frage der Taxonomie (Was ist grün?) ist sehr wichtig. Eine zu weiche Definition kann das Vertrauen der Anleger zerstören, zu restriktive Regelungen verhindern die Finanzierung von Umstellungs- bzw. Strukturwandelprojekten. Offen ist auch, ob neben dem unmittelbaren Klima-Effekt (CO₂) auch andere Vorgaben verpflichtend sein sollen (soziale Aspekte, Gouvernance). Auf Betreiben Frankreichs und osteuropäischer Staaten ist derzeit auch Atomenergie als klimafreundlich eingestuft.

Positiv ist anzumerken, dass das Thema Klimawandel nun auch im Finanzsektor angekommen ist. Noch vor einem Jahr hatten lediglich drei Nationalbanken von EU-Staaten (NL, F, GB) Stabstellen für dieses Thema, heute beschäftigen sich alle intensiv damit.

Gefragt ist auch ein neues Wachstumsmodell, die OECD beschäftigt sich allerdings seit Jahren mit dieser Frage.

Der Emissionshandel hat bisher quasi ein Freikaufen ermöglicht, die Abgaben sollten zwar Klimaschutzprojekten zu Gute kommen, aber ‚Klimaneutralität‘ war somit trotz CO₂-Emissionen möglich. Eine Reformation auf EU-Ebene ist geplant.

Die neue Öst. Bundesregierung plant offenbar eine ‚CO₂-Bepreisung‘ – wie diese genau aussehen soll bzw. was der Unterschied zur bekannten Forderung nach einer CO₂-Steuer ist, bleibt abzuwarten. Vorreiter bei der CO₂-Steuer wie Schweden und Dänemark haben gezeigt, dass diese Steuer sehr wirksam sein kann – vorausgesetzt die Belastung ist spürbar (Schweden: ca. 120 EUR / t CO₂). Stark betroffen wären in Ö z.B. die Autozulieferindustrie und auf individueller Ebene die VerkehrsteilnehmerInnen (PendlerInnen).

Literaturempfehlung:

Roots for the Future. The Landscape and Way Forward on Gender and Climate Change.
<https://portals.iucn.org/library/sites/library/files/documents/2015-039.pdf>

UN-Konvention – CEDAW Committee on the Elimination of Discrimination against Women:
General Recommendation No.37 on Gender-related dimensions of disaster risk reduction in the context of climate change

https://digitallibrary.un.org/record/1626306/files/CEDAW_C_GC_37-EN.pdf

Protokoll: Barbara Smrzka